



71. Newsletter Grüne Umwelt-, Bau-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Verbraucherschutz- und Energiepolitik, 04.12.2013

Koalitionsvertrag hebt Klimaschutz aus

Ein Kommentar von Anne Schierenbeck

Ich meine: Die Klimakonferenz in Warschau war der traurige vorläufige Höhepunkt einer verfehlten und verschleppten Klimapolitik. Die Signale der Industrieländer waren viel zu schwach. Deutschland hat seine Vorreiterrolle verloren und zu wenig Konkretes vorgelegt. Der Koalitionsvertrag von schwarz-rot lässt Schlimmes für die Klimapolitik der neuen Bundesregierung befürchten: Die Energiewende wird ausgebremst und der europäische Emissionshandel nicht reformiert.

Vordergründig behauptet der Koalitionsvertrag zwar, an Klimaschutzzielen festzuhalten. Doch die sind nur zu schaffen, wenn sie auch mit Maßnahmen hinterlegt sind: beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei der Senkung des Wärmebedarfs von Gebäuden und bei der Energieeffizienz. In allen diesen Bereichen sind die Ziele jedoch verwässert, sieht es unter schwarz-rot noch düsterer aus als unter schwarz-gelb.

So wird das Ausbautempo für Erneuerbaren Strom halbiert: Ursprünglich wollte die SPD 70% bis 75% erneuerbaren Strom bis 2030, nun steht im Koalitionsvertrag ein Ausbaukorridor von 55 bis 60% bis 2035. Die geplante Förderung der Gebäudesanierung wurde gekippt, ebenso die Aufstockung des Marktanzugsprogramms, das Solar- und Holzheizungen fördert. Für den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ ist nur noch von „vorzusehenden Mitteln“ die Rede und nicht mehr von 500 Millionen Euro.

Dabei bleibt schon dieser Aktionsplan deutlich hinter dem zurück, was die EU-Energieeffizienzrichtlinie fordert und was andere Länder wie z.B. Dänemark schon mit Erfolg durchführen: eine tatsächliche Senkung des Energieverbrauchs, die volkswirtschaftlich und ökologisch die nachhaltigste Maßnahme für den Klimaschutz darstellt.

Ein Satz macht deutlich, warum es schwarz-rot geht: „Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.“ Das Ziel des Ausbaukorridors ist zu verhindern, dass die Erneuerbaren zu schnell wachsen, also eine Bestandsgarantie für die fossile Energiewirtschaft. Dazu sollen zudem neue Subventionen für alte Kraftwerke geschaffen werden.

Die verpflichtende Direktvermarktung des EEG-Stroms bei neuen Anlagen und die Ausschreibung neuer regenerativer Erzeugungskapazitäten gefährden die Energiewende von unten und verhindern damit den notwendigen Umbau unserer Energieversorgung. Ausgerechnet die preisgünstigste Erneuerbare Energie, der Windstrom an Land soll nur noch an Top-Windstandorten wirtschaftlich betrieben

werden können – der notwendige Ausbau auch im Süden Deutschlands wird so unmöglich. Es wird klar, dass es eben nicht um Kostenbegrenzung geht, sondern darum, die Interessen eines mächtigen Industriezweigs zu schützen.

Die Energie- und Klimafrage ist die zentrale Herausforderung an unsere Gesellschaft. Sie wird mit diesem Koalitionsvertrag um weitere 4 Jahre vertagt. Das dient am Ende weder dem Klima noch unserer Volkswirtschaft. Denn der Klimawandel wird weit höhere Folgekosten haben als ein gut organisierter, schneller Umbau unserer Energieversorgung.

Wer selbst nachlesen möchte, findet den Koalitionsvertrag z.B. hier: <http://gruenlink.de/o9x>

Aktuelles

1. Straßenbahn durch Bürgerpark kommt nicht in Frage!

Zu den Überlegungen der BSAG, eine Straßenbahnlinie durch den Bürgerpark zu führen, erklärt der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe: „Solange Grüne in Bremen regieren, wird es keine Straßenbahn durch den Bürgerpark geben. Der Bürgerpark ist ein idyllischer Ort, den die Bremerinnen und Bremer wegen seiner Ruhe gerne für ihre Naherholung nutzen. Eine Straßenbahntrasse würde das besondere Flair dieses Parkes zerstören. Wir wollen JoggerInnen, Rad fahrenden Kindern oder auch älteren SpaziergängerInnen nicht zumuten, bei ihren Touren durch den Bürgerpark auf kreuzende Straßenbahnen achten zu müssen. Der Park muss für jede Form des motorisierten Verkehrs tabu bleiben.“

Die Pressemitteilung findet sich auch hier: <http://gruenlink.de/oa4>

2. Dedesdorfer Platz: Immobilienkommission am Zug!

Die Zukunft des Dedesdorfer Platzes soll nun auf Initiative der Grünen die Immobilienkommission beschäftigen. „Die Immobilienkommission ist ein geeignetes Gremium, um die unterschiedlichen Interessen ressortübergreifend zu besprechen. Dabei spielen nicht nur finanzielle Erwägungen eine Rolle, sondern auch die städtebaulichen und sozialen Aspekte. Das Areal hat mit seiner zentralen Lage in punkto Nutzung und Wegeverbindungen hohe Bedeutung für die Stadtteilbewohner. Ich habe die Hoffnung, dass die unterschiedlichen Vorstellungen in einen einigungsfähigen Vorschlag der Immobilienkommission münden. Am Ende muss es einen vernünftigen Kompromiss zwischen der Schaffung dringend benötigten Wohnraums einerseits und dem Bedürfnis nach Gemeinschafts- und Freiflächen andererseits geben“, betont der baupolitische Sprecher der Grünen, Carsten Werner, der auch Mitglied der Immobilienkommission ist.

Die vollständige Pressemitteilung findet sich hier: <http://gruenlink.de/o7y>

3. *Bunker-Nachnutzungen: Konzept gefragt!*

Aufgrund der Erfahrungen beim Abriss des Bunkers in der Braunschweiger Straße erwartet die Bürgerschaftsfraktion der Grünen ein umfassendes Bunker-Konzept. „Bunkerabrisse oder –umbauten verursachen in der Nachbarschaft verständlicherweise Sorgen wegen möglicher Schäden an ihren Häusern. Zugleich setzt das Baurecht den Behörden enge Grenzen, wenn ein Investor loslegen will. Auch für die Bauherren gibt es klare Regeln. Über die reinen Baurechtsbestimmungen hinaus wollen wir aber, dass sich die Immobilienkommission vorab mit jedem einzelnen Bunker befasst. Dadurch bestünde die Möglichkeit, die Vergabe an ein Gesamtkonzept zur Nachnutzung und Ablauf der Bauarbeiten zu knüpfen. In diesem Zusammenhang muss auch die Qualität der Bunkerumnutzung für das Umfeld bewertet werden. Wir wollen, dass die Bunkerumnutzung so verträglich wie möglich für die Nachbarschaft erfolgt. Der grundsätzliche Verzicht auf die Umnutzung der Bunker ist für uns keine verantwortungsvolle Alternative. Schließlich geht es darum, gerade in besonders gefragten Stadtteilen zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Auch Kultur- oder Jugendinitiativen, die auf der Suche nach erschwinglichen Räumen sind, profitieren von Bunkerumnutzungen“, betont der baupolitische Sprecher der Grünen Carsten Werner.

Die entsprechende Pressemitteilung findet sich hier: <http://gruenlink.de/o7z>

4. *Ab geht die Lucie!*

Die Betonbrache Lucie-Flechtmann-Platz, kurz Lucie, bietet Freiraum in der Größe eines Fußballfeldes. Grau in Grau und ordentlich zubetoniert war Lucie lange völlig ungenutzt. Das ist inzwischen anders. Wer sich dafür interessiert, was da wie warum und wozu passiert möge hier klicken: <http://gruenlink.de/o9v>

Bürgerschaft, Deputationen & Senat

1. *Polizei-Gebäude zum Fall für Immobilienkommission machen!*

Bekanntlich soll das Gebäude der Polizei-Station an der Fürther Straße 43 veräußert und abgerissen werden. Auf Grüne Initiative soll das Gelände im Rahmen der Immobilienkommission thematisiert werden. „In Findorff werden bezahlbare Wohnungen rar. Wir drängen deshalb darauf, dieses Grundstück an der Fürther Straße u.a. für erschwinglichen Wohnraum zu nutzen. Auch Baugemeinschaften sollten die Möglichkeit erhalten, dort gemeinwohlorientiertes Wohnen zu entwickeln. Ein Gebäude, das durch die Polizei weiter teilweise städtisch genutzt wird, bietet sich dafür besonders an. Um zu einer guten und nachhaltigen Lösung zu kommen, erwarten wir die Befassung der Immobilienkommission mit diesem Thema“, betont Carsten Werner.

Die Pressemitteilung findet sich hier: <http://gruenlink.de/o80>

In diesem Zusammenhang ebenfalls von Interesse ist eine Große Anfrage der Koalition zum Thema „Wohnungsbedarf in Bremen“. Der Wortlaut der Anfrage findet sich hier: <http://gruenlink.de/o8y>

2. *110 neue Wohnungen und Häuser auf dem Cambrai-Dreieck!*

Die Bau-Deputation hat letzte Woche einen Bebauungsplan für das "Cambrai-Dreieck" genannte Gebiet in Huckelriede beschlossen. "Es geht voran mit der Bremer Wohnungsbauoffensive. Das Areal gehört zu den dreißig Baugebieten im Stadtgebiet, die vordringlich entwickelt werden, um neuen Wohnraum für Familien zu schaffen und besondere Wohnformen zu fördern. Ein großer Teil der Wohnungen wird zudem öffentlich gefördert und deshalb preiswert angeboten werden", sagt Bausenator Joachim Lohse. Insgesamt können rund 110 Wohneinheiten im Plangebiet gebaut werden.

Weitere Informationen unter: <http://gruenlink.de/o81>

Termine & Hinweise

1. *Gemeinsame Sitzung AK Energie und der LAGen Verkehr und Wirtschaft!* Am heutigen Mittwoch, 4. Dezember, findet die 2. Gemeinsame Sitzung von AG und LAGen statt. Wieder wird es um Elektromobilität gehen. Die Sitzung findet statt ab 20 Uhr im Sitzungsraum II (Schlachte 19/20, 2. Stock). Die 1. Sitzung hatte vor allem das Ziel der Informationsgewinnung. Im Treffen am 4. Dezember soll es darum gehen, welche Ziele und Schwerpunkte verfolgt werden sollen und wo Prioritäten gesetzt werden können.

2. *LAG Umwelt!* Ebenfalls am heutigen Mittwoch, 4. Dezember, findet die nächste LAG Umwelt statt. Treffpunkt ist um 19.30 Uhr, im Grünen Büro an der Schlachte im 1. Stock. Thema wird die Friedhofsentwicklungsplanung in Bremen sein. Nicht nur die Abschaffung des Friedhofzwangs für Urnen (siehe Bürgerschaftsbeschluss vom 25.9.2013) sorgt derzeit für Diskussionen, sondern auch die Frage, wie es weiter geht mit den Bremer Friedhöfen. Inzwischen sind ca. 80% der Bestattungen in Bremen Urnenbestattungen. Die Friedhöfe wurden ursprünglich für mehr Erdbestattungen ausgelegt. Wie soll es weiter mit den ungenutzten Flächen der Friedhöfe bei steigenden Grünpflegekosten gehen? Wie können wir Friedhöfe attraktiver gestalten? Welche Anforderungen stellen wir an Friedhöfe? Wieviele Friedhöfe brauchen wir in Bremen? Diese Fragen wollen wir gemeinsam erörtern. Eine terminliche Überschneidung mit der gemeinsamen Sitzung von AK Energie und der LAGen Verkehr und Wirtschaft ließ sich leider nicht verhindern.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen



Maike Schaefer, umwelt- und naturschutzpolitische Sprecherin
maike.schaefer@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-246)



Anne Schierenbeck, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin
anne.schierenbeck@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-167)



Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher
ralph.saxe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-160)



Carsten Werner, bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher
carsten.werner@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-154)



Jan Saffe, Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
jan.saffe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-243)



René Zimmermann, Parlamentsreferent für Stadtentwicklung,
Verbraucherschutz, Bürgerbeteiligung
rene.zimmermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

*Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung
übernommen!*